

Serbien im schwierigen Übergang : Bandenwesen, Korruption, Nationalismus und ungelöste Statusfragen

Autor(en): **Mäder, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **81 (2006)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-716497>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Serbien im schwierigen Übergang

Bandenwesen, Korruption, Nationalismus und ungelöste Statusfragen

Serbien ist trotz mancher innerstaatlicher Fortschritte geprägt von mangelnder Rechtsstaatlichkeit, organisierter Kriminalität, Bandenwesen, Korruption, Nationalismus und ungelösten Statusfragen.

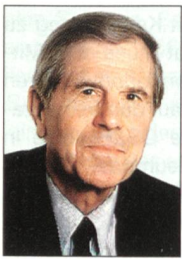
Die politische Führung Serbiens will eine Aufnahme in die EU und die Beibehaltung des Status quo ihrer Republiken und Staatsteile. Vor allem Montenegro und Kosovo sind hier im Gespräch. Doch in allen Bereichen treten erhebliche Widerstände auf.

Mangelnde Zusammenarbeit

Auf dem Gebiet der EU-Annäherung gibt es zumindest starke Verzögerungen. Vor einem Jahr bescheinigte die EU-Kommission, dass die politischen und wirtschaftli-



Sarajevo, während der serbischen Belagerung: Ein Knabe nimmt Abschied von den Eltern.



Brigadier Horst Mäder, Baden bei Wien

chen Fortschritte die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen erlauben. Doch dieses Ziel ist in die Ferne gerückt. Die Union macht die Festnahme und Auslieferung

des früheren bosnisch-serbischen Militärführers Ratko Mladic, der sich in Serbien-Montenegro aufhalten soll, zur Bedingung für weitere hochrangige Gespräche mit Belgrad. Will Serbien den Kandidatenstatus für einen EU-Beitritt erhalten, dann muss die Regierung beweisen, dass es mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zusammenarbeitet. Belgrad betonte immer, es könne Mladic nicht verhaften lassen. Bisher hat die Re-

gierung die Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, Carla del Ponte, um Verständnis wegen der «komplizierten politischen Situation» gebeten. Denn die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen die Zusammenarbeit ihrer Regierung mit Den Haag. Ein Ultimatum zur Auslieferung von Mladic bis 30. April ist ergebnislos verstrichen. Die EU zögert, die Verhandlungen mit Belgrad über die enge Kooperation gänzlich abzubrechen, da dies nationalistische Kräfte in Serbien stärken könnte.

Schwieriger Übergang

Nach dem Sturz Slobodan Miloševics im Oktober 2000 hat sich Serbien auf den Weg des Überganges begeben. Zwar wurde die Befreiung aus der internationalen Isolation erreicht, jedoch konnte das demokratische Bündnis DOS die hohen Erwartungen der Bevölkerung, gerade bei der Verbesserung des Lebensstandards, nicht erfüllen.

Am 12. März 2003 wurde der damalige Ministerpräsident Zoran Djindjic, ein Hoffnungsträger des Westens, vor seinem Amtssitz erschossen. Für die Ermittlungsbehörden galten Milorad Lukovic («Legia») und Dusan Spasojevic, Führer einer nach einem Belgrader Vorort Zemun benannten kriminellen Gruppierung, als Drahtzieher des Attentats. Lukovic war bis 2001 Kommandant der 1991 vom Geheimdienst auf-



Im Kosovo sorgt die KFOR-Friedenstruppe für Ordnung.



Jugoslawien 1991: Seither wurden Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro unabhängig.

gebauten Sonderpolizeitruppe JLO («Rote Barette»). Die JLO, damals etwa 350 Personen stark, wurde am 25. März 2003 aufgelöst. Sie steht im Verdacht, auch mehrere andere Morde (z.B. an Expräsident Ivan Stambulic) und Anschläge (z.B. auf Vuk Draskovic) begangen zu haben. Bereits der Mord am serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic offenbarte die enge Verflechtung von Staats- und Justizorganen mit der Organisierten Kriminalität. Schon früher gab es geheime Gemeinschaften und eine Tradition des Bandenwesens. Man erinnere sich nur an den Tschetnik-Führer Arkan, der vor seiner Ermordung über grosse Gebiete Serbiens und serbisch okkupierte Gebiete Kroatiens herrschte. Aber auch nach dem Sturz von Slobodan Miloševic sind die mafiosen und korrupten Strukturen erhalten geblieben und noch immer stark präsent. Nach der Ermordung von Ministerpräsident Zoran Djindjic verlor die Regierungskoalition zunehmend an Rückhalt und musste Ende 2003 schliesslich vorgezogene Neuwahlen ausrufen. Die Anfang März 2004 gebildete Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Koštunica sieht sich mit Reformproblemen v.a. im Bereich Wirtschaft und Verwaltung konfrontiert. Aber nicht nur damit.

Freie Kriegsverbrecher

Zwei der ärgsten Kriegsverbrecher Beschuldigte sind noch frei und leben unbedroht. Sie stehen ganz oben auf der Fah-

nungsliste von Carla del Ponte: Radovan Karadzic, der frühere Präsident der so genannten «Serbischen Republik» in Bosnien, und Ratko Mladic, der frühere General und Chef der bosnischen Serben. Mladic wird wegen Völkermords und zahlreicher Kriegsverbrechen gesucht. Ihm wird unter anderem das Massaker in Srebrenica an mehreren tausend muslimischen Bosniern zur Last gelegt. «Mladic lebt heute in Belgrad und hat sogar aus

der Kasse des serbischen Militärs eine Generalpension bezogen», schreibt Otto von Habsburg in seinem jüngsten Buch (Unsere Welt ist klein geworden, Amalthea Signum, Wien 2006). Von Radovan Karadzic wisse jeder in Bosnien, dass er sich im Dorfe Celebic aufhalte, ergänzt er. Doch würden über den Fall Karadzic die Leute ganz offen erklären, «dass die alliierten Truppen sich niemals trauen würden, dorthin zu gehen, obwohl es in einem Gebiet liegt, das angeblich von westlichen Mächten besetzt ist», hält Otto von Habsburg fest. Ähnliches soll für Mladic gelten: «Er hat seine eigene Leibgarde und unternimmt Reisen in den verschiedenen Teilen von Serbien, allerdings immer begleitet von schwer bewaffneten Mitgliedern der verschiedenen Mafia-Organisationen, die derzeit in Serbien in Verbindung mit der Regierung tätig sind.»

Struktur: Alles beim Alten

Belgrad verspricht, dass es die Banden liquidieren werde. Otto von Habsburg, nennt es «Naivität», wenn man daran glaube, denn «die serbische Polizei ist noch immer durchsetzt von Kriminellen dieser Gangs ... Mit anderen Worten: Es besteht weiter die gleiche Struktur, wie seinerzeit in den Tagen von Miloševic.» Das hat auch der serbische Exregierungschef Zoran Zivkovic im November des Jahres 2004 festgestellt: Die Republik Serbien werde im Hintergrund von Gefolgsleuten des früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Miloševic beherrscht. Otto von Habsburg weist aber auch auf den früheren Präsidenten von Jugoslawien und heutigen Regierungschef von Serbien, Vojislav Koštunica, hin. Dieser habe vor vier Jahren erklärt, dass er mit fast allen



Kampfszene aus dem serbisch-kroatischen Krieg.



Oktober 2000: Der Sturm auf das Parlament in Belgrad.

Punkten des Programms von Milošević einverstanden sei, aber dass er ihn darum nicht mehr unterstütze, weil er den Krieg verloren hat. Habsburg sieht ebenfalls Koštunicas Handlungsfähigkeit begrenzt: «Jedermann in Belgrad weiss, dass er, falls er versuchen sollte, die Allianz mit den kriminellen Banden zu lösen, innerhalb von kurzer Zeit tot wäre.»

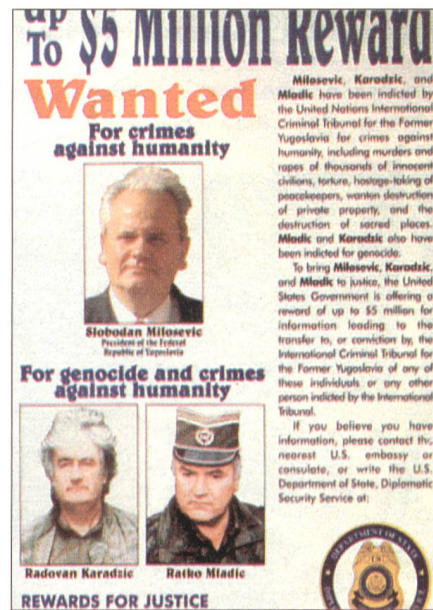
Ende der Staatenverbindung

Seit dem 4. Februar 2003 gab es die Staatenverbindung Serbien und Montenegro. Durch einen diesbezüglichen Parlamentsbeschluss wurde die sich auflösende «Bundesrepublik Jugoslawien» (bestehend seit 1992) ersetzt. Kroatien, Slowenien und Mazedonien – frühere Teilrepubliken der «Bundesrepublik» – haben ihre staatliche Selbstständigkeit erkämpft. Die Republik Montenegro und die unter UN-Protectorat stehende Provinz Kosovo wollen ebenfalls ihre staatliche Unabhängigkeit. Am 21. Mai 2006 fand in Montenegro eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit des Landes statt. Am 3. Juni erfolgte die offizielle Unabhängigkeitserklärung durch das montenegrinische Parlament. Das Ende der Staatenunion (mit mehr als 55% Befürwortern) war gekommen. Serbiens Ministerpräsident Koštunica lehnt die Loslösung kategorisch ab. Die EU

als eigentliche Geburtshelferin der Union schwenkt nun auf die neue Linie ein. Die Union Serbien-Montenegro wurde als Rechtsnachfolgerin Jugoslawiens aus der Taufe gehoben, weil Brüssel die weitere Aufspaltung der Staaten in Südosteuropa



Jubel nach dem Sturz von Milošević.



Amerikanisches Fahndungsplakat mit Milošević, Karadžić und Mladić.

pa aufhalten und einen Präzedenzfall im Hinblick auf Kosovo verhindern wollte. Nachdem sich Podgorica standhaft gewiegert hatte, die Wirtschafts- und Handelspolitik mit Serbien zu harmonisieren, gab Brüssel letztlich klein bei und prüft nun diesbezüglich getrennt, ob Podgorica und Belgrad die Kriterien für den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens erfüllen. «Die Montenegriner wissen, was die serbische Herrschaft bedeutet. ... Ein unabhängiges Montenegro kann eine positive Wirkung für die ganze Region haben.» (Habsburg)

Kosovo will Freiheit

Die Kosovaren sind in internationalen Verhandlungen um ihre Eigenstaatlichkeit bemüht. Davon will Belgrad allerdings nichts wissen und tut alles, um dies zu verhindern. Im Grundsatz bleiben beide Seiten bei ihren unvereinbaren Forderungen – die Albaner wollen die volle staatliche Unabhängigkeit, während die Serben lediglich eine weit reichende Autonomie anbieten. Doch gerade das ist nach den jüngsten historischen Erfahrungen den Albanern nicht zuzumuten.

Serbien braucht eine Neuorientierung: Es muss den Nationalismus und die Beherrschung von fremden Völkern aufgeben und sich zu einem europäischen Selbstbewusstsein wenden. Darin liegt für Serbien und seine Nachbarn die Lösung. Im vereinten Europa können die Völker mit- und nebeneinander friedlich und prosperierend leben.

Alles in allem ist Serbien jedoch noch weit von einem für die Aufnahme in die Gemeinschaft erforderlichen Zustand entfernt. Der Übergang scheint noch lange anzudauern. 